

05.11.2014

Kreis Coesfeld
Landrat Konrad Püning
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld



per e-mail

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion Coesfeld

Tiberstraße 43
48249 Dülmen

Fon: 01608074051
Fax: 02594 / 789725
nvogelpohl@t-online.de
www.gruene-coe.de

Antrag zur SV-9-0117

Sehr geehrter Herr Püning,

zu der Beratung der Sitzungsvorlage SV-9-0117 in der Kreistagssitzung am
05.11.2014 stelle ich für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
den beigefügten Antrag zur Abstimmung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Norbert Vogelpohl

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TTIP bürgernah gestalten

Der Kreistag des Kreises Coesfeld sieht durch TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) die Standards der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge gefährdet. In Anlehnung an das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 2014 stellt der Kreistag fest:

1. dass die bisherigen Verhandlungen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurden und diese Intransparenz das Misstrauen in die Verhandlungsführung der EU-Kommission erhöht hat und die demokratischen Spielregeln untergräbt.
2. dass das Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet ist, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden.
3. dass daher die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, von dem Handelsabkommen explizit ausgeschlossen werden sollen.
4. dass die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur nicht gefährdet werden darf und die Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht enger werden sollen.
5. dass die Umwelt- und Sozialstandards in der EU nicht gefährdet werden dürfen.

Der Kreistag unterstützt daher die Position der kommunalen Spitzenverbände und fordert die Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie die regional zuständigen Europaabgeordneten auf, sich entsprechend auf der jeweiligen politischen Ebene zu verwenden.